

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 03.03.2016
Sitzung Nummer:	11 ( FHLA/11/2016)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:30 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

---

Carsten Wulfänger

---

Katrin Michaelis  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Carsten Wulfänger

#### Mitglieder

Herr Jörg Hellmuth

Frau Katrin Kunert

Herr Bernd Prange

Herr Lars Schirmer

Herr Peter Zimmermann

ab 18:20 Uhr

#### Stellvertreter

Herr Wolfgang Kühnel

Herr Frank Wiese

Vertretung für Herrn Dr. Böhme

Vertretung für Frau Friedebold

#### Protokollführer

Frau Katrin Michaelis

#### von der Verwaltung

Herr Sebastian Stoll

Frau Almut Krüger

Frau Anja Krüger

Herr Dirk Michaelis

Herr Thomas Müller

### **Abwesend:**

#### Mitglieder

Herr Dr. Jörg Böhme

Frau Steffi Friedebold

#### von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber

### **Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

- 4 Einwohnerfragestunde
  - 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses vom 26.11.2015
  - 6 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 10. Sitzung des Ausschusses vom 26.11.2015
  - 7 Kreisentwicklungskonzept Landkreis Stendal 2025  
Vorlage: 238/2016
  - 8 Förderprogramm Stark V  
Vorlage: 235/2016
  - 9 Behandlung der Anträge der Fraktion der SPD aus der letzten Sitzung des Kreistages vom 17.12.2015
  - 9.1 Antrag zur Erarbeitung eines strategischen Zielsystems mit zentralen Handlungsfeldern, operativen Zielen und einzelnen Maßnahmen durch den Landkreis Stendal bis 2017 und zur Erarbeitung von Kennzahlen, die auf verschiedenen Zielebenen dazu dienen, den Grad der Zielrichtung einzuschätzen
  - 9.2 Antrag der Novellierung des kreislichen Immobilienkonzeptes bis 2017
  - 10 Anfragen und Anregungen
- 

## **Protokoll**

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Wulfänger eröffnet die 11. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses um 17:00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit**

Der Landrat stellt fest:

- die Ladung zur 11. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses erfolgte frist- und formgerecht
- der Ausschuss ist beschlussfähig

### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge zur Tagesordnung bestehen nicht, sodass der Landrat die Tagesordnung feststellt.

### **zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Fragen seitens der Einwohner bestehen nicht.

**zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses vom 26.11.2015**

Es bestehen keine Einwände zur Niederschrift. Der Landrat stellt somit den öffentlichen Teil der Niederschrift der 10. Sitzung des FHLA vom 26.11.2015 fest.

**zu TOP 6 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 10. Sitzung des Ausschusses vom 26.11.2015**

Unter dem Tagesordnungspunkt 13 fasste der FHLA zur Drucksache 194/2015 am 26.11.2015 folgenden Beschluss:

„Der Landrat wird ermächtigt, der GfAuS mbH Liquiditätshilfen zur Überbrückung von Zahlungseingängen von **maximal 100.000 EUR in einem Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016** zu gewähren.

Die GfAuS hat vor Gewährung von Hilfen aktuelle Liquiditätspläne vorzulegen. Nach Prüfung durch den Landkreis und bei festgestelltem Bedarf werden die Liquiditätshilfen jeweils kurzfristig per Vereinbarung gewährt. Die dem Landkreis entstandenen Bereitstellungskosten sind durch die GfAuS über einen Zinssatz in Höhe von 2 % zu erstatten.

Als Sicherheit dient dem Landkreis der Umlageanteil des Landkreises.“

**zu TOP 7 Kreisentwicklungskonzept Landkreis Stendal 2025  
Vorlage: 238/2016**

Herr Michaelis erklärt einleitend, dass die Beteiligungsphase Anfang März 2015 begonnen hat. Insgesamt wurden 29 Stellungnahmen abgegeben. Aus der Mitwirkung des Kreistages ergaben sich weitere Anregungen und Hinweise zum Kreisentwicklungskonzept. Die Punkte wurden einzeln protokolliert, besprochen und eingearbeitet. Der sich daraus ergebende 2. Entwurf wird nun in den einzelnen Ausschüssen vorgestellt, um ihn dann am 28.04.2016 vom Kreistag beschließen zu lassen.

Zum Inhalt des KEK erläutert Herr Michaelis, dass im Kapitel Haushaltssituation die finanzielle Lage des Landkreises Stendal kurz abgehandelt wird. Insbesondere wird auf die finanzielle Ausstattung und die Belastung des Kreishaushaltes durch steigende Sozialausgaben eingegangen. Für die künftige Entwicklung der Finanzsituation werden auch Gesichtspunkte der Daseinsvorsorge und des demographischen Wandels berücksichtigt. Hier gab es den Wunsch einiger Gemeinden, die damit verbundenen Herausforderungen für den Landkreis Stendal hervorzuheben. Ebenfalls stärker hervorgehoben wird im 2. Entwurf auf Wunsch der Städte und Gemeinden, dass diese auch bei städtebaulichen Maßnahmen vor enormen Herausforderungen stehen, da der Handlungsbedarf immens ist. Sie sind für die nächsten 15-20 Jahre zwingend auf die Städtebauförderung angewiesen. Die Notwendigkeit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung dieser Förderprogramme wird betont.

Bezüglich des Umfangs des KEK erklärt Herr Michaelis, dass bewusst ein breiter thematischer Ansatz gewählt worden ist, denn nur hierdurch kommt man zu guten Handlungsansätzen und konkreten Zielformulierungen. Mit dem 2. Entwurf wird es auf Wunsch eine Kurzfassung des KEK geben, die auf insgesamt ca. 30-40 Seiten Ziele und Maßnahmen zusammenfasst.

Herr Hellmuth spricht an, dass vor einigen Jahren bereits besprochen worden ist, dass nicht mehr so viele Konzepte verfasst werden und dass in diesen Konzepten vor allem nicht so viele Selbstverständlichkeiten enthalten sein sollen. Weiter fragt er nach dem Unterschied zwischen ILEK und dem KEK. Zum Punkt 5.5 Radwegenetz liest Herr Hellmuth aus dem KEK vor, dass durch steigende Spritpreise und dem Trend zu einem gesünderen und bewussterem Leben mehr Rad gefahren wird. Hierzu gibt er zu bedenken, dass die Spritpreise im Moment äußerst niedrig sind. Solche Aussagen sind nicht nötig und man könnte sich insgesamt kürzer fassen. Auch histo-

rische Daten sind seiner Ansicht nach nicht erneut zu erwähnen, da sie bereits in früheren Fassungen enthalten sind. Er bezweifelt, dass bei dem derzeitigen Umfang eine stetige Aktualisierung des KEK, wie von Herrn Michaelis beschrieben, überhaupt möglich ist.

Herr Michaelis erklärt zunächst den Unterscheid zum ILEK. Das ILEK ist aus dem Wunsch des Kreistages entstanden, sich auf prioritäre Handlungsfelder zu konzentrieren. Das ILEK ist somit auf bestimmte Themenfelder eingeeengt. Herr Hellmuth fragt, ob das nicht ausreichend sei. Herr Michaelis erklärt, dass das KEK 3 Funktionen erfüllen soll: In einem Stück Papier sollte umfassend zum Landkreis informiert werden. Außerdem wurde das zwanzigjährige Bestehen des Landkreises zum Anlass genommen, auf die Geschehnisse zurückzublicken. Hinzu kommt, dass es in der jetzt anlaufenden Förderperiode auch als Fördergrundlage verwendet werden soll. Herr Wulfänger ergänzt, dass dies eigentlich der wichtigste Punkt sei. Anfangs war die Frage, wie Kreise Fördermittel nach dem IGEK bekommen. Hier musste geklärt werden, ob man ILEK dazu benötigt oder ein integriertes kreisliches Entwicklungskonzept. Wirklich klar ist dies jedoch bis heute nicht. Durch das KEK wurden die Voraussetzungen geschaffen, Gelder zu bekommen. Außerdem könnten Gemeinden, die kein IGEK bekommen, dadurch dass sie im KEK des Landkreises enthalten sind, dennoch einen Anspruch auf Fördermittel haben.

Herr Kühnel merkt an, dass die Statistiken zu aktualisieren sind. Entwicklungen bis 2012 sind nicht mehr interessant. Prognosen lassen sich in 2016 nicht auf Statistiken aus 2010 ableiten. Der Punkt wird mit aufgenommen und geprüft, so Herr Wulfänger. Herr Hellmuth ergänzt, dass einige Statistiken und Übersichten nicht zu lesen sind. Herr Michaelis erklärt, dass das Problem beim Druck aufgetaucht ist und bearbeitet wird. Frau Kunert fragt, weshalb sie kein Konzept erhalten hat. Herr Wulfänger erklärt, dass abgefragt worden ist, wer es schriftlich und wer es digital haben möchte. Das Exemplar wird nachgereicht, so Herr Michaelis.

*einstimmig zugestimmt*

#### **zu TOP 8 Förderprogramm Stark V Vorlage: 235/2016**

Einleitend erläutert Herr Wulfänger, dass der Landkreis Stendal als einer der wenigen Kreise die Stark V-Förderung erhält. Hierbei handelt es sich um eine 100% Förderung des Bundes für finanzschwache Kreise und Gemeinden in Sachsen-Anhalt. Der Landrat erklärt im Folgenden die Beschlussvorlage. Diese enthält die Förderbedingungen und die von der Verwaltung angedachten Maßnahmen, die mittels der STARK V-Förderung umgesetzt werden sollen. Ein Teil der Mittel wurde für Schulen, ein weiterer für Kreisstraßen und für den Breitbandausbau angedacht. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen der energetischen Sanierung und des Städtebaus. Unter anderem soll die Gemeinschaftsschule Tangerhütte teilsaniert werden. Die STARK-III-Förderung greift hier nicht, sodass auf STARK V ausgewichen wird. Auch bei der Wärmedämmung der W. Komarow Schule wird auf STARK V-Mittel ausgewichen, da im vergangenen Jahr ein Versagungsbescheid über das Programm soziale Stadt eingegangen ist. Die letzte Schule, die mit STARK V-Mitteln bedacht werden soll, ist die Sekundarschule Bismark, da dort ebenfalls eine Ablehnung auf Basis des Demografie-Checks über STARK III wahrscheinlich ist. Im Bereich des Hochbaus wurde als letztes Objekt das feuertechnische Zentrum in Arneburg bedacht. Hier gibt es erhebliche Probleme im Bereich des Daches und der Fenster, die eine Sanierung erforderlich machen. Im Tiefbau wurden 3 Ortsdurchfahrten bedacht – Rohrbeck, Uchtdorf und Staffelde. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen der Lärmbekämpfung, indem die Fahrbahndecke erneuert wird. Der letzte Betrag wurde für den Ausbau des Breitbandes veranschlagt, um das 50 Mbit/s Ausbauziel zu erreichen.

Zur Vorstellung der genauen STARK V Bedingungen und der einzelnen Maßnahmen übergibt Herr Wulfänger das Wort an die Amtsleiterin Hochbau- und Gebäudemanagement, Frau Anja Krüger, und den Amtsleiter Straßenbau, Herrn Müller. Frau Krüger und Herr Müller stellen die vorbereitete Power-Point-Präsentation vor ((Präsentation siehe Sitzungsdienst Session).

Herr Helmuth fragt, ob an der Sekundarschule Bismark ohne weiteres Wärmedämmung von außen angebracht werden darf. Frau Krüger erläutert, dass dies kein Problem ist, da kein Denkmalschutz vorliegt.

Zur Frage, weshalb gerade die Schulen berücksichtigt werden sollen und nicht andere, erläutert Herr Wulfänger, dass für die anderen Schulen andere Fördertöpfe möglich sind. Zum R. Hildebrand-Gymnasium beispielsweise erläutert Herr Wulfänger, dass ein gemeinsamer gymnasialer Schulstandort in Erwägung gezogen wird, um Fördermittel zu erhalten. Herr Hellmuth fragt hierzu, ob derzeit das R.-Hildebrand-Gymnasium die Demografie-Check Bedingungen erfüllen würde. Der Landrat antwortet, dass aus diesem Grund ein gymnasialer Schulstand-

ort gebildet werden soll. Geplant sind Förderungen über EFRE und den städtebaulichen Denkmalschutz gemeinsam mit der Stadt Stendal. Hierrüber könnten die Fassade und das Dach saniert werden. Der Antrag ist bereits eingereicht worden.

Bei der W.-Komarow Schule waren Maßnahmen über das Programm soziale Stadt geplant, allerdings ist dies an dem 10%-igen Eigenanteil der Hansestadt Stendal gescheitert. Die neuen Bedingungen sehen vor, dass auch der Landkreis diesen Eigenanteil übernehmen kann, sodass das Innenleben der Schule über das Programm soziale Stadt und das Äußere über STARK V saniert werden kann. Durch die abgeschlossenen Maßnahmen bestehen auch keine Probleme hinsichtlich der Kombination beider Förderungen.

In Bezug auf Tangerhütte erklärt Herr Wulfänger, dass der Kreis parallel den Demografie-Check neu rechnen lässt, da bei der letzten Berechnung 5 Kinder gefehlt haben. Derzeit ist absehbar, dass die geforderten Schülerzahlen erreicht werden könnten. Sollte sich ergeben, dass daraufhin andere Fördermöglichkeiten bestehen, dann würden die STARK V-Mittel in das Haupthaus investiert werden.

Zum Thema Breitbandausbau erläutert Herr Stoll, dass die 800 TEUR nur für den unrentierlichen Anteil in den Clustern im Kreis Stendal verwendet werden sollen, sofern Bundes- und Landesmittel nicht greifen. Der Kreis ist natürlich bemüht, Möglichkeiten der Förderung auszuschöpfen. Sollte die jedoch nicht vollumfänglich geschehen, möchte man das Projekt daran nicht scheitern lassen.

Herr Hellmuth hinterfragt die 10-jährige Zweckbindung in Bezug auf Straßen. Letztendlich besteht gar keine andere Möglichkeit eine Straße anderweitig zu nutzen. Frau Krüger erläutert, dass für Hochbaumaßnahmen 15 Jahre und für Straßen 10 Jahre Zweckbindung gelten. Zu den Straßen erklärt Herr Müller, dass der Einbau von 14 cm Asphalt so massiv ist, dass die Erneuerung über 10 Jahre abgeschrieben wird. Dies entspricht dann der Zweckbindung.

Herr Zimmermann fragt bezüglich der W. Komarow Schule, ob das Programm soziale Stadt zusätzlich läuft. Herr Wulfänger erklärt, dass dies in den Jahren 2017-2019 geplant ist und zusätzlich laufen soll. Die Eigenanteile werden somit auf 3 Jahre aufgeteilt.

Zu den Straßen fragt Herr Prange, welche Möglichkeiten die Gemeinden über STARK V haben. Herr Müller erklärt die Bedingungen. Zum Breitband erklärt Herr Prange, dass es scheint, dass bei den Tiefbauarbeiten sowohl die Telekom als auch der Zweckverband Kabel verlegen. Seine Befürchtung ist daher, dass viele Bürger aus Gewohnheit später eher die Telekom als Anbieter wählen und nicht den Zweckverband. Die 800 TEUR könnten seiner Meinung nach daher für andere Maßnahmen verwendet werden. Die Anbieter sind nun wach geworden und bauen das Breitband auf den Dörfern aus. Der Landrat erklärt hierzu, dass dann doch schon ein großes Ziel erreicht sei. Die anderen Anbieter werden allmählich selbst tätig. Dennoch ist noch lange nicht alles erreicht. Die Maßnahmen der Telekom können nicht die Datengeschwindigkeiten erreichen, wie die des Zweckverbandes, da andere Technik verwendet wird. Außerdem wählt die Telekom die Ausbaugebiete nach eigenen Kriterien aus, auf die der Kreis keinen Einfluss hat. Dem kann der Zweckverband jedoch entgegensteuern.

***einstimmig zugestimmt***

#### **zu TOP 9 Behandlung der Anträge der Fraktion der SPD aus der letzten Sitzung des Kreistages vom 17.12.2015**

Herr Wulfänger erklärt, dass die Verwaltung für die Beantwortung der Anträge etwas vorbereitet hat. Frau Kunert erklärt, dass die Anträge in die Fraktion zurückgewiesen werden sollten, da die Formulierung der Anträge viele Fragen aufwirft und niemand von der SPD-Fraktion anwesend ist, um die Anträge genauer zu begründen. Die Fraktion sollte die Anträge daher schriftlich begründen. Der Tagesordnungspunkt wird vertagt und auf den nächsten FHLA am 21.04.2016 verschoben.

Die Vorstellung der Kennzahlen soll auf Wunsch der Mitglieder nicht erfolgen, da zu dieser Zeit niemand von der SPD-Fraktion anwesend ist.

zu TOP 9.1 **Antrag zur Erarbeitung eines strategischen Zielsystems mit zentralen Handlungsfeldern, operativen Zielen und einzelnen Maßnahmen durch den Landkreis Stendal bis 2017 und zur Erarbeitung von Kennzahlen, die auf verschiedenen Zielebenen dazu dienen, den Grad der Zielrichtung einzuschätzen**

*zurückgestellt*

zu TOP 9.2 **Antrag der Novellierung des kreislichen Immobilienkonzeptes bis 2017**

*zurückgestellt*

**zu TOP 10 Anfragen und Anregungen**

Herr Wiese erläutert, dass er war am 01.03.16 in Lückstedt beim paritätischen Wohlfahrtsverband war. Dort führte er ein Gespräch mit 12 Afghanen, die zwischen 13 und 18 Jahren alt sind. Im Vergleich zu anderen Landkreisen und Städten ist er sehr enttäuscht darüber, wie es mit der Beschulung im Landkreis Stendal momentan läuft. Er nennt das Beispiel eines jungen Afghanen, der von Lückstedt nach Hamburg gegangen ist und dann in Hamburg innerhalb von 14 Tagen in der Schule war. Im Landkreis Stendal hingegen kann dies zwischen 4 Wochen und 4 Monaten dauern. Als Ausrede wird dann gesagt, dass keine Zeugnisse vorliegen, obwohl die jungen Afghanen seiner Ansicht nach sehr gut die deutsche Sprache verstehen und somit zur Schule könnten. Er fordert daher, dass Frau Dr. Bergmann im nächsten KVPA das Problem genauer erklärt. Herr Wiese erklärt, dass er bitter enttäuscht darüber ist, dass die „Jungs“ so hängen gelassen werden. Dies hätte mit Integration nichts zu tun.

Herr Wulfänger antwortete daraufhin, dass zum einen der Gesundheitscheck durchgeführt werden muss und zum anderen im Kreis Stendal 3 Deutschlehrer an den berufsbildenden Schulen fehlten. Somit standen 60-70 Migranten auf der Warteliste, von denen bislang 20-30 beschult werden konnten. Mittlerweile sind Lehrer da, allerdings ist dies ein Umstand, der nicht beeinflusst werden kann. Hinzu komme die Problematik, in welche Klasse die jungen Leute eingeschult werden sollen: Entweder Berufsschule oder in die 10 Klasse. Dies ist ein großer Diskussionspunkt.

Der Punkt wird im nächsten KVPA behandelt, so Herr Wulfänger.

Frau Kunert bittet darum, dass im nächsten KVPA über die Situation in der ILS berichtet wird. Dies nimmt Herr Wulfänger mit auf.

Herr Wiese erfragt den aktuellen Stand zur Schweinemastanlage Wasmerslage. Herr Wulfänger erklärt, dass das Land den Kreis per Erlass beauftragt hat, das gemeindliche Einvernehmen der Stadt Osterburg zu ersetzen, da der Stadtrat nicht zugestimmt hat. Der Kreis hat dieses Einvernehmen jetzt ersetzt. Dagegen kann sich die Stadt Osterburg jedoch zur Wehr setzen. Sollte der Kreis dieses Einvernehmen nicht ersetzen, so müsste Schadenersatz gezahlt werden. Sofern der Bescheid des Landkreises nicht zu beanstanden ist, hat die Stadt Osterburg noch die Möglichkeit, Klage gegen den Landkreis Stendal einzureichen. Der Landrat erklärt, dass er sich auch mehrfach an den Minister gewandt hat, da man zwar noch mit einer Schweinemastanlage von 9.000 leben könnte, mit 30.000 jedoch nicht.